

Das Ende des Kapitalismus

Fortsetzung von Seite 1

gern als Grundeinkommen präsentiert. Wenn jede/r garantierte Bezüge hätte, würde die Arbeitsneigung bestimmt sinken. Doch ein Grundeinkommen würde den Kapitalismus nicht etwa bremsen, sondern sogar befeuern. Die Arbeitslosen hätten mehr Geld; zudem wären die Angestellten nicht mehr erpressbar und könnten bessere Gehälter aushandeln. Kurz: Die Nachfrage würde steigen und das Wachstum ankurbeln.

Natürlich könnte man zu Zwangsmaßnahmen greifen und die maximal erlaubte Arbeitszeit vorschreiben oder das Wachstum gleich ganz verbieten, indem die Unternehmen nur noch bestimmte Kontingente fertigen dürfen. Doch das würde wieder jenes chaotische Schrumpfen auslösen, das nicht beherrschbar ist.

Kapitalismus braucht Wachstum

Diese Abwärtsspirale hat der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger beschrieben, der unter anderem die Ökosteuer erfunden hat. Binswanger trieb die Frage um, ob der Kapitalismus auf Wachstum verzichten könne. Seine Antwort lautete: Nein. Die „Investitionsketten“ würden reißen. Übersetzt: Firmen investieren nur, wenn sie zusätzliche Gewinne erwarten. Gesamtwirtschaftlich sind Gewinne aber identisch mit Wachstum. Ohne Wachstum müssen die Unternehmen also Verluste fürchten. Sobald aber Profite ausbleiben, investieren die Unternehmen nicht mehr, und ohne Investitionen bricht die Wirtschaft zusammen.

Der Kapitalismus wäre zwar beendet, aber das Ergebnis wäre nicht jene ökologische Kreislaufwirtschaft, die sich Umweltschützer erhoffen. Es wäre eine Wirtschaft im freien Fall, die Panik erzeugt. Die Menschen erschüttert es zutiefst, wenn sie ihren Arbeitsplatz und ihr Einkommen verlieren. Alle großen Wirtschaftskrisen waren ungemein gefährlich – auch für die Demokratie.

Nicht wenigen WachstumskritikerInnen ist diese systemische Sicht suspekt, die die Wirtschaft von „oben“ betrachtet. Sie würden lieber von

„unten“ beginnen, indem jede/r Einzelne den eigenen Konsum, aber auch die Arbeitszusammenhänge verändert. Sie stellen sich die Wirtschaft als eine Summe vor, bei der viele kleine Nischen am Ende ein neues Ganzes ergeben.

Nach diesem Prinzip funktioniert etwa die „Gemeinwohlökonomie“ des österreichischen Attac-Gründers Christian Felber, der an ökologische Betriebe ein Zertifikat vergibt und hofft, dass sich irgendwann alle Unternehmen zertifizieren lassen.

So überzeugend dies zunächst wirkt: Die WachstumskritikerInnen machen den gleichen Fehler wie ihre neoliberalen GegnerInnen. Sie glauben, dass die Wirtschaft nur eine Summe aller Unternehmen sei. Sie verwechseln Betriebs- mit Volkswirtschaft und verstehen nicht, dass der Kapitalismus ein Prozess ist, der Einkommen nur erzeugen kann, wenn es die Aussicht auf Wachstum gibt.

Da sich das Wachstum also nicht einfach abschaffen lässt, machen neuerdings Konzepte wie „Green New Deal“ oder „nachhaltiges Wachstum“ Karriere. Der Energieaufwand pro Wareneinheit soll sinken, damit die Umwelt nicht leidet und Wachstum trotzdem möglich ist.

Dieses Konzept der „Entkopplung“ ist nicht völlig abwegig, denn seit 1970 hat sich der Energieverbrauch pro Wareneinheit halbiert. Die Umwelt wurde allerdings nicht entlastet, weil prompt der „Bumerang-Effekt“ zuschlug. Die Kostenersparnis wurde genutzt, um die Warenproduktion auszuweiten, sodass der gesamte Energieverbrauch sogar zunahm.

Als Ausweg reicht es nicht, einfach auf regenerative Energien umzustellen. Denn weite Bereiche der Wirtschaft lassen sich nicht mit Ökostrom betreiben. Das Elektroauto befindet sich noch immer im Versuchsstadium, und auch Passagierflugzeuge heben nur mit Kerosin ab.

Allein der Flugverkehr zerstört aber jede Hoffnung, die Klimaziele zu erreichen, wie eine einfache Rechnung zeigt, die der Postwachstumsökonom

Niko Paech aufmacht: Wenn die Erderwärmung begrenzt bleiben soll, darf im Jahr 2050 jede/r menschliche ErdbewohnerIn nur 2,7 Tonnen CO₂ pro Jahr verursachen. Ein Flug von Frankfurt nach New York schlägt aber bereits mit 4,2 Tonnen zu Buche, und nach Sydney sind es gar 14,5 Tonnen.

Wachsende Nachhaltigkeit

Alle Konzepte vom „nachhaltigen Wachstum“ sind Mogelpackungen, weil es in Wahrheit kein Wachstum mehr gäbe, sondern mehr Nachhaltigkeit. Die richtige Bezeichnung wäre also „wachsende Nachhaltigkeit“. Nur ein Beispiel: Jedes Konzept zum „nachhaltigen Wachstum“ setzt darauf, dass sich das Carsharing durchsetzt und der öffentliche Transport zunimmt. Aber wenn sich mehrere Familien ein Auto teilen oder gleich im Bus sitzen, werden weniger Autos gekauft. Die Automobilindustrie würde schrumpfen, nicht wachsen.

Es ist ein Dilemma: Ohne Wachstum geht es nicht, komplett grünes Wachstum gibt es nicht, und normales Wachstum führt in die ökologische Katastrophe. Der Kapitalismus erscheint wie ein Fluch. Er hat den Reichtum und den technischen Fortschritt ermöglicht, der es eigentlich erlauben würde, mit wenig Arbeit auszukommen. Aber stattdessen muss unverdrossen weiterproduziert werden, obwohl dies in den Untergang führt.

Trotzdem

In dieser Zwangslage bleibt nur ein pragmatisches Trotzdem: trotzdem möglichst wenig fliegen, trotzdem Abfall vermeiden, trotzdem auf Wind und Sonne setzen, trotzdem biologische Landwirtschaft betreiben. Aber man sollte sich nicht einbilden, dass dies rundum „grünes“ Wachstum ist. Wie man den Kapitalismus transformieren kann, ohne dass er chaotisch zusammenbricht – diese Transformation muss erst noch erforscht werden.

Ulrike Herrmann,
Redakteurin der Berliner taz

Öl oder Strom? Mobilität neu denken

Der Lebensstil unserer Gesellschaft verbraucht mehr Rohstoffe, als für die Umwelt gut und für viele Menschen gesund ist. Die globale Gerechtigkeit kommt auch beim Verkehr unter die Räder.

„Ich bin der Überzeugung, dass der Klimawandel ein Problem ist, das nicht länger einer kommenden Generation überlassen werden darf“, sagte Papst Franziskus im Vorfeld der Klimakonferenz in Paris. Und US-Präsident Barack Obama ergänzte: „There’s no planet B.“ Es ist unbestritten: Wir sind die letzte Generation, die den Klimawandel bremsen kann. Die Klimakonferenz von Paris brachte dahingehend ein ermutigendes Ergebnis: Die Erderwärmung soll auf maximal zwei Grad Celsius begrenzt werden, angestrebt wird eine globale Erwärmung von höchstens 1,5 Grad Celsius. Erreichbar ist dieses Ziel nur mit einer Entkarbonisierung der Wirtschaft. Und das heißt im Verkehrsbereich: nur mit einer erdölfreien Mobilität.

Sackgasse Erdöl

Erdölfreie Lösungen gibt es bereits, und sie sind zu einem großen Teil praxiserprobt. Aber mächtige Lobbys profitieren davon, dass Erdöl in Motoren verbrannt wird, und stehen mit ihrem ganzen Gewicht auf der Bremse. Hoffnungsfroh stimmt, dass sich schon jetzt große und damit einflussreiche Fonds aus Investments in fossile Energie zurückziehen. Kein Wunder: Das Zwei-Grad-Ziel ist nur erreichbar, wenn zwei Drittel der heute bereits bekannten Erdöl- und Kohle-Vorräte im Boden bleiben, was aus vielerlei Gründen gut ist: Denn die Erdölförderungen wurden in den vergangenen Jahren immer schmutziger und riskanter. Die Förderung von Teersand hat in jüngster Vergangenheit weite Landstriche am nordamerikanischen Kontinent verseucht und zerstört, Tiefseebohrungen haben Fauna und Flora in den Ozeanen ausradiert, viele Fischer haben dadurch ihre Lebensgrundlage verloren.

Schon davor hat die Erdölförderung eine Spur der Verwüstung hinterlas-

sen, etwa im Nigerdelta. Der Widerstand der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner wurde vor zwei Jahrzehnten blutig niedergeschlagen, das bekannteste Opfer war der Schriftsteller Ken Saro Wiwa. Viele der wichtigsten Erdölimportländer Österreichs sind Staaten, die Menschenrechte mit Füßen treten und weder Demokratie noch Gleichberechtigung zulassen. So kommt ein Zehntel von Österreichs Erdölimporten aus Saudi-Arabien, wo Kritiker ausgepeitscht werden und Anfang des Jahres an einem einzigen Tag 47 Menschen hingerichtet wurden.

Probleme bleiben bei Elektroautos bestehen

Allein die Tatsache, dass über die Erdölimporte viel Geld in verbrecherische Regime fließt, sollte Anlass sein, die Erdölabhängigkeit des Verkehrs zu reduzieren. Die Elektro-Mobilität spielt dabei eine wichtige Rolle. Wer jedoch glaubt, das Problem ließe sich lösen, indem einfach der Verbrennungsmotor durch einen Elektromotor ausgetauscht werde, irrt gewaltig. Nicht nur, dass viele durch den Autoverkehr verursachte Probleme ungelöst bleiben (enormer Platzverbrauch durch Kfz-Verkehr, Staus), auch aus Sicht des Umweltschutzes und der globalen Gerechtigkeit wäre das keine Lösung. Denn auch Elektro-Autos verbrauchen viele Ressourcen und Rohstoffe, die oft nur durch die Zerstörung von Natur und Lebensräumen von Menschen zutage gefördert werden können.

Die VCÖ-Publikation „Gesamtbilanz Verkehr“ verdeutlicht den gewaltigen Ressourcenverbrauch eines autozentrierten Verkehrssystems: Immer häufiger kommt im Automobilbau Aluminium zum Einsatz. Allein für die Herstellung einer einzigen Tonne Aluminium werden im Schnitt 36,5 Tonnen Ressourcen benötigt und 60 Gigajoule Energie verbraucht. Für die Produktion eines einzigen Autos, das 1,5 Tonnen wiegt, werden im Schnitt 70 Tonnen Materialien und Ressourcen, von Wasser über Metalle, gebraucht. Elektro-Autos brauchen Batterien und diese wiederum benötigen beispiels-

weise Lithium. In Südamerika werden durch den Lithium-Abbau Salzseen zerstört und der Grundwasserspiegel gesenkt. Zudem ist bei der Klimabilanz der Elektro-Mobilität entscheidend, woraus der Strom gewonnen wird. Strom aus Kohle oder Atomenergie ist alles andere als nachhaltig. Allein diese Fakten verdeutlichen, dass viele globale Umweltprobleme ungelöst bleiben, wenn bei den Autos lediglich der Motor ausgetauscht wird.

Umfassende Mobilitätswende

Was es braucht, ist eine umfassende Mobilitätswende. Die Mobilität der Menschen ist mit möglichst geringem Ressourceneinsatz sicherzustellen.

Das Problem ist an der Wurzel zu packen, dort, wo Verkehr entsteht bzw. erzeugt wird. Durch eine verkehrssparende Siedlungspolitik mit verdichteter Bauweise und einer vernünftigen Standortwahl für Betriebe und Einkaufsmöglichkeiten kann sichergestellt werden, dass die Menschen weniger Kilometer zurücklegen müssen, um ihre Alltagsziele zu erreichen. Das Energiesparhaus ist zu einem Verkehrssparhaus weiterzuentwickeln. Auch ist das öffentliche Verkehrsnetz zu verdichten, die Zahl der Verbindungen zu erhöhen. Dorfbusse sorgen in dünner besiedelten Regionen dafür, dass auch jene Menschen, die nicht (mehr) Auto fahren, mobil sein können. Heute ist rund die Hälfte der Autofahrten kürzer als fünf Kilometer, also in einer Distanz, die viele gut mit dem Fahrrad zurücklegen können. Gehen und Radfahren sind umweltfreundliche und gesunde Mobilitätsformen, die zudem eine positive soziale Wirkung haben. Und darüber hinaus schaffen diese nachhaltigen Mobilitätsformen direkt und indirekt mehr Arbeitsplätze als das Auto.

Eine gerechtere Verkehrswelt ist möglich.

Christian Gratzner,
Verkehrs Club Österreich
VCÖ-Kommunikation
www.vcoe.at

Hypo: Schulden! Aufklärung? Vergebung?

900 Mio. Euro Partizipationskapital im Dezember 2008, 450 Mio. im Juni 2010, 500 Mio. Kapitaleinschuss im Dezember 2012, 700 Mio. Kapitalerhöhung im September 2013, 250 Mio. Gesellschafterzuschuss im November 2013, 800 Mio. Partizipationskapital im Dezember 2013, 750 Mio. Kapitalerhöhung im April 2014.

Das Geld der SteuerzahlerInnen

Insgesamt 4,8 Mrd. Euro kostete die Hypo die SteuerzahlerInnen bisher. Wie viel sie noch kosten wird, hängt von der Höhe weiterer Verkaufserlöse ab, von den Gläubigern, die durch die Haftungen des Landes Kärnten eigentlich noch bis zu 12 Mrd. Euro wollen. Kärnten bietet diesen Gläubigern mittels eines Sondergesetzes für Hedgefonds 1,2 Mrd. Euro zur Abgeltung der Haftung an. Das Bundesland verschuldet sich für diese Summe beim Bund durch einen Kredit. Die Forderungen der Gläubiger will man mit den Erlösen aus den „Assets“ der HETA über die Jahre hin abstottern. Wer hier den SteuerzahlerInnen helfen will: www.aaplattform.com/de. Ein Wertpapier, das auf Zinsen und Rückzahlung wartet, trägt die Kennnummer: AOGOJA. Dieses fordert fünf Mrd. Euro. Gibt man diese Nummer im Internet ein, erklärt die Überschrift: Diese Anleihe bringt bis 2016 4,250 % Rendite. Aber nur solange der Steuerzahler weiterhin dafür „geradesteht“. Zuletzt am 24. Jänner 2014. 4,375 % der fünf Mrd. werden an Investoren überwiesen. Laut Bloomberg-Finanzinformationssystem befinden sich unter AOGOJA große Institute wie Blackrock und Allianz, die Deutsche Bank, die UniCredit, auch österreichische Kapitalanlagegesellschaften, etwa die Bawag PSK Invest, die Raiffeisen KAG, die Oberösterreichische Sparkasse.

Stehen wir als SteuerzahlerInnen überhaupt noch gerade? Wir lesen solche Nachrichten nicht mehr. Wahrscheinlich um unsere Würde, unser Vertrauen und unseren Überblick über das verbliebene Menschliche zu bewahren und etwas, das wir gemeinhin „Gewissen“

nennen. Auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Finanzen gibt uns ein Herr Pichler in einem Video Auskunft darüber, was mit unseren Steuern in Österreich finanziert wird. Herr Pichler ist ein positiver Österreicher, der „gern“ Steuern zahlt, weil er weiß, dass wir Justiz, Polizei, Schulen, Universitäten, Forschungsprogramme, Straßen, Bahnnetz, EU, Gemeinden, Banken mit Zinsen unterstützen. Von den Hypo-Milliarden weiß Herr Pichler nichts. Vielleicht liegen sie im Bereich „Wirtschaftsförderung“, für den 4,3 % der Steuerleistung verwendet werden. Für die Zinszahlungen der Staatsverschuldung braucht Österreich die Steuerleistung von 6,4 %.

Die Schuld des einen ist immer das Vermögen des anderen. Österreich hat 277,4 Mrd. Euro Schulden. Wessen Vermögen ist das? Wie viel Rendite bringt es und wem?

Warum machen Krankenhäuser Verluste und Geldinstitute Gewinne? Es sind „Dienstleister“. Die Finanzdienstleister erzeugen immer noch Schuldgeld und verdienen am Vermögen der einen, denen die Schulden der anderen, zum Beispiel Staaten, gegenüber stehen. Im Auftrag des IWF forderten die Volkswirte Jaromir Benes und Michael Kumhof schon im Jahr 2012, die Geldschöpfung und damit auch die „Gewinne“ aus dem Geldsektor in staatliche Hände zu legen. Dann gibt es keine 6,4 % der Steuerleistungen für Zinsen in Österreich.

Wer ist schuld?

Schuld ist der Fall der Berliner Mauer und damit der Zusammenbruch des Kommunismus. Österreichische Banken engagierten sich in 19 ehemals kommunistisch organisierten Ländern mit einem Volumen von 206 Mrd. Euro bis zum Jahr 2013. Die Hypo vor allem in Kroatien, Slowenien, Serbien und Italien. Schuld ist die grundsätzliche gewinnorientierte Haltung, die in anderen Ländern „Märkte“ und keine „menschlichen Kulturen“ sieht.

Im konkreten Fall Hypo Alpe Adria verurteilt und im Gefängnis sind u. a.: Wolfgang Kulterer, Gerhard Kucher,

Günter Striedinger, Josef Martinz (Fußfessel), Dieter Birnbacher (Fußfessel), Hans-Jörg Megymorez (Fußfessel), Gert Xander.

Schuld sind auch: Jörg Haider, Josef Kircher, Siegfried Grigg, Heinz Truskaller, Vladimir Zagorec, Petar Matic, Zdenko Zrilic, Ivic Pasalic, Otmar Michaeler, Miro Oblak, Tilo Berlin, Werner Schmidt, Josef Pröll, Franz Pinkl, Maria Fekter, Ewald Nowotny, Klaus Liebscher, Werner Faymann und ganz bestimmt viele andere.

Der Generalvergleich zwischen Bayern und Österreich kostet Österreich 2015 1,23 Mrd. Euro, alle Gutachten für die Hypo bisher mindestens 300 Mio. Euro.

Die durch den Whistleblower Antonine Deltour in die Schlagzeilen gekommene sehr große Wirtschaftsprüfungskanzlei PricewaterhouseCoopers prüfte im Jahr 2009 1400 Hypo-Kredite. Jeder dritte Kredit war faul. Diese Prüfung kostete womöglich 60 Mio. Euro. Bis heute hat sich kein Mitarbeiter unserer drei großen übergeordneten Prüfungsstellen Nationalbank, FMA oder EZB für einen möglichen Fehler oder die Einsicht einer Überforderung für irgendetwas entschuldigt. Antoine Deltour hat seinen Job hingeschmissen, weil er seinem Gewissen gefolgt ist.

Menschen brauchen Werte

Rein menschlich brauchen wir Entschuldigungen dringend! Sie entschleunigen die Wut, die Enttäuschung, den Frust, die Ungerechtigkeit. Wir brauchen sie für die überlebensnotwendige Instanz Hoffnung. Entschuldigungen gehören zum großen Wert „Vergabung“. In Melanie Wolfers Buch „Die Kraft der Vergabung“ ist zu lesen: „Am Beginn eines Vergabungsprozesses steht die Aufklärung. Alles muss auf den Tisch.“

Hier befinden wir uns immer noch. Seit der Notverstaatlichung der Hypo 2009 versuchen unter anderem die Österreichische Nationalbank, das Finanzministerium, Fritz Kleiner, CSI Hypo, SOKO Hypo, Staatsanwaltschaft Klagenfurt, Griss-Kommission, der U-Ausschuss, FMA, FIMBAG,

Oliver Wyman, JournalistInnen, BuchautorInnen, DokumentarfilmerInnen, der kroatische Geheimdienst SOA, die kroatische Staatsanwaltschaft und die Bayerische Staatsanwaltschaft die Fakten auf den Tisch zu legen.

Bisher wurde damit etwa 0,9 % des Schadens wieder gutgemacht. Menschen mit Gewissen haben die Fähigkeit zu vergeben, sie brauchen dafür Klarheit, Offenlegung der Fakten, Geständnisse, Einsichten, GesprächspartnerInnen, Verbesserungen, bei sehr schweren Fällen eine neue Umgebung, eine Trennung. Die Faktenlage der Hypo passt auf keinen Tisch mehr, Veränderungen und Verbesserungen sind wenig in Sicht.

Österreich nimmt sich wie gewöhnlich jährlich 25 bis 30 Mrd. Euro neu am Kapitalmarkt auf. Spielen sechs oder zwölf Mrd. für die Hypo wirklich eine Rolle? Halten wir uns an unsere Regeln? Das Maastricht-Defizit der EU erlaubt uns eigentlich nur 60 % des BIP als Schulden. In Österreich sind es derzeit 84 %. In Deutschland sind es circa 76 %.

Am 1. April 2016 eröffnen vier Frauen ihre Installation „aufdecken – Der Fall Hypo Alpe Adria“ am Linzer Domplatz. Sie wünschen sich Aufklärung, Diskussion, Gegendarstellung, Positionierung, Engagement, Ehrlichkeit. Das, was sich viele ÖsterreicherInnen in ihren Herzen ebenso wünschen. „Wir richten uns auf, wenn wir das Schweigen brechen“, schreibt Melanie Wolfers in ihrem Buch. Die vier Frauen stellen diesem Akt eine Plattform zu Verfügung.
www.aufdecken.info

Johanna Tschautscher,
Schriftstellerin und Regisseurin, Linz
www.johanna-tschautscher.eu

Aufeinander zugehen

Kurzlehrgang für Engagierte in der Begleitung von Flüchtlingen
5 Abende von 18 bis 21 Uhr
Nähere Infos: michaela.wagner@dioezese-linz.at, ☎ (0732) 76 10-32 15

Veranstalter: Kath.Bildungswerk OÖ,
Caritas, Theologische Erwachsenenbildung der Diözese Linz, Exit-Sozial,
Verein Migrare

anders.essen – gut leben

Für eine zukunftsfähige Ernährung aller

„Richtiges“ Essen, ob vegan oder biologisch, wird allorts diskutiert. Es geht nicht nur um satt werden, denn die Ernährung wirkt sich lokal und global aus. Für eine gelingende Zukunft braucht es einen ethisch vertretbaren Ernährungsstil und PolitikerInnen, die für gerechte Regelungen sorgen. Wir thematisieren die Ethik der Ernährung, das Konzept der Ernährungssouveränität und stellen lokale Initiativen vor.

Unsere GesprächspartnerInnen sind:

Dominik Dax (*BioAustria, Entwicklung von Foodcoops und CSA-Projekten*)

Michael Rosenberger (*Kath. Privatuniversität Linz, Umweltsprecher Diözese Linz*)

Irmi Salzer (*ÖBV-Via Campesina, Ernährungssouveränität-Aktivistin und Bäuerin*)

Freitag, 22. April 2016, 14 bis 17 Uhr,

Cardijn-Haus, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz

Info/Anmeldung: sozialreferat@dioezese-linz.at

☎ (0732) 76 10-32 51



Soziale Verantwortung

Gestaltungskompetenz
für den gesellschaftlichen Wandel

LEHRGANG 2016-2018

kso^e

Der Lehrgang ist berufsbegleitend und bietet AkteurInnen des gesellschaftlichen Wandels einen Raum, um gesellschaftliche Entwicklungen zu analysieren, Alternativen zu prüfen, sozial-ethische Positionen zu erarbeiten und Kompetenzen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels zu erwerben.

Besondere Bedeutung hat das gemeinsame Lernen mit Menschen aus unterschiedlichen europäischen Ländern und mit unterschiedlichem sozialen, politischen, kulturellen und religiösem Hintergrund.

Lehrgangsinhalte:

Grundlagen der Sozialethik und der gesellschaftlichen Veränderung
Politische Beteiligung – Religion und Demokratie
Alternative Ökonomie – solidarische Ökonomie
Ökologie – Klimawandel – Transformation
Handlungsraum Europa – Widersprüche und Spielräume
Gestaltung von Beteiligungs- und Veränderungsprozessen
Spiritualität des Engagements

Lehrgangstart: 18. Oktober 2016

Lehrgangsführung und -begleitung: Gabriele Lindner, Margit Appel

Ort: Kardinal König Haus, Wien; einzelne Module finden in anderen europäischen Ländern statt.

Informationen: konstanze.pichler@ksoe.at

☎ (01) 310 51 59 DW 72, www.ksoe.at

Guter Flüchtling – schlechter Flüchtling?

Plötzlich war transnationale Bevölkerungsbewegung ein Thema. Der öffentliche und der politische Diskurs befasste sich mit „Flüchtlingen“, ohne das ausgrenzende „Wirtschafts-“ voranzusetzen. „Wir schaffen das“, sagte Angela Merkel und blieb dabei, auch wenn ihr zunehmend Opposition selbst aus den eigenen Reihen erwuchs. Die Zivilgesellschaft, um die es nach den späten 1980ern und den 1990ern ruhiger wurde, beschämte PolitikerInnen und Bürokratie durch effizienten und selbstlosen Einsatz.

Neu waren der Zustrom von MigrantenInnen und das Engagement der Zivilgesellschaft jedoch nicht. Eine kleine Zahl von Menschen und Organisationen versucht seit Jahren, Flüchtlingen die notwendige Unterstützung zu gewähren – sie werden von einem nicht unbeachtlichen Teil der österreichischen Öffentlichkeit dafür abschätzig als „Gutmenschen“ benannt. Angesichts der offenen Balkanroute und der aufgeflamnten „Willkommenskultur“ wurde diese Kritik deutlich leiser, doch mit dem einbrechenden Winter lebte der alte Migrationsdiskurs in der Öffentlichkeit wieder auf.

Die Unterscheidung der Flüchtlinge

Das „Profil“ vom 4. Jänner 2016 schreibt von einer „neuen Verabschiedungskultur“, die zwischen „Wirtschaftsflüchtlingen“ und „echten Flüchtlingen“ („aus Afghanistan, Syrien und dem Irak“) unterscheidet. Burgenlands Polizeichef und jetziger Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil machte in einem Interview in der „Wiener Zeitung“ den Hintergrund der „neuen Verabschiedungskultur“ deutlicher: „Syrien hat 20 Millionen Einwohner. Irgendwann wird sich die Situation geben wie in Afghanistan und Tschetschenien. Aber was passiert, wenn Afrika ein Problemfall wird? Dort gibt es, so hört man, 200 bis 400 Mio. Menschen, die fluchtbereit sind. [...] Wir reden vordergründig von Asyl, aber wir müssen uns langsam mit dem Thema größerer Migrationsströme, die einer Völkerwanderung gleichkommen, auseinandersetzen. Darauf braucht man Antworten.“

Vielfältige Fluchtursachen

Die Ursachen und auslösenden Momente für „Migrationsströme“ sind seit Jahrhunderten die gleichen – ebenso die unterschiedlichen Reaktionen in den Zielgesellschaften. Gewalt, Hunger, ökologischen Veränderungen oder dem Glauben an eine Verbesserung der eigenen Lebenssituation stehen Angst, Ressourcenaufteilung und -neid, ideologische Differenzen oder Gewinnstreben gegenüber. Dabei haben die Reaktionen auf die Zuwanderung je nach gesellschaftlicher Fraktion zumeist zwei gegensätzliche Ausprägungen: Angst oder Neugier, Verteidigung des eigenen Besitzes gegen Bereitschaft zum Teilen, ideologische/kulturelle Abgrenzung oder Öffnung, kollektiver versus individueller Gewinn u. a. mehr.

Mit dem Sommer 2015 wurde ein deutlicher Bruch im europäischen Zuwanderungsdiskurs sichtbar. Der Interviewbeitrag von Doskozil macht ihn deutlich: Unsere Willkommenskultur gilt in erster Linie syrischen Flüchtlingen (vor der großen Welle war sogar von „christlichen syrischen Familien“ die Rede). Auch bei echter Empathie greift das eine oder andere Differenzierungsmerkmal und unterscheidet die „eigenen Anderen“ von den „anderen Anderen“: Ideologie (Christentum versus Islam), Bildung (Schul- und Berufsbildung vs. Fehlen von Bildung und technischen Fähigkeiten), Status (Familie vs. allein migrierend), „Kultur“ – ein Merkmal, das zunehmend das verpönte Konzept „Rasse“ ersetzt („weiß“ vs. „schwarz“, „modern“ vs. „traditionell“, „individuell“ vs. „kollektiv“ ...) oder Geschlecht („weiblich“ vs. „männlich“, unter Ausgrenzung anderer geschlechtlicher Orientierung) sind nur einige.

Damit reicht die Spannweite zwischen „eigenen“ und „anderen“ MigrantInnen von der syrischen christlichen Familie aus der Bildungsschicht, bevorzugt mit unternehmerischem Hintergrund, die nichts mehr wünschten, als nach eingetretenem Frieden und abgeschlossener Hochschulbildung wieder nach Hause zurückzukehren, bis zum alleine reisenden jungen Afrika-

ner ohne abgeschlossene Ausbildung, homosexuell und ohne Aussicht auf ein menschenwürdiges Leben nach einer Rückkehr.

Was unterscheidet den Krieg im Südsudan vom Krieg in Syrien? Flüchtet ein junger Eritreer, der fürchtet, zum Militärdienst eingezogen zu werden, aus einem anderen Grund als ein junger Syrer? Was unterscheidet verhungernde Bewohner von Madaya von vom Hunger bedrohten Menschen aus Zentralafrika? Eine solche (teilweise unbewusste) Differenzierung von Flüchtlingen kann keine Grundlage europäischer Flüchtlingspolitik sein, denn die Reichen dieser Welt – das „Zentrum“ im Gegensatz zur globalen und sozialen „Peripherie“ – sind die Verursacher von Ungleichheit und Migration.

Die Mitverantwortung der Reichen

„We are here because you were there!“ Einwanderer aus dem Süden des Britischen Commonwealth schrieben in den 1970ern diesen Satz auf eine Tafel und hielten sie während einer Demonstration Londoner Passanten entgegen.

Das war und ist eine einfache und zutreffende Erklärung für die Migration aus der Peripherie ins Zentrum. Vollständig müsste sie lauten: „Wir sind hier, denn ihr wart und seid immer noch dort!“ Das kolonisierende Ausgreifen Europas und der USA ließen die Ungleichheit auf globaler Ebene rasch größer werden; die Fortsetzung des Kolonialismus durch Neokolonialismus und neoliberale Globalisierung beschleunigten diesen Prozess enorm.

Es wäre übertrieben, dem Zentrum und den mit ihm verbündeten Eliten der Peripherie alle Schuld an Ungleichheit, Armut und Gewalt zuzuweisen – maßgeblichen Anteil haben sie jedoch zweifellos, und nach dem Verursacherprinzip müssten die USA und Europa wesentlich stärker zur Hilfe herangezogen werden, als dies bislang geschieht.

Vielleicht wird es gelingen, die Kriege in Syrien und im Irak zu beenden, sodass viele zurückkehren können. Die Misere in Afrika lässt sich nicht beenden, ohne dass die Industriestaaten (inklusive der „Schwellenländer“) bei

sich selbst schwere Einschnitte vornehmen: Das beginnt mit den Klimamaßnahmen und betrifft vor allem das billige Leben auf Kosten der Peripherie.

Zäune und Mauern lösen das Übel der Ungleichheit nicht. Das zeigen bereits die Ghettos der Reichen im Süden dieser Welt. Auch „Teilen“ reicht nicht, sondern es braucht „Verzicht“ und „Einschränkung“. Leider ist allen Lebenskonzepten und Ideologien, die sich um eine bessere Welt bemühen – Religionen, Kommunismus oder Entwicklungstheorien und -konzepte – gemeinsam, dass sich Diskurs und Handeln immer sehr weit voneinander entfernt haben. Noch schlimmer allerdings wird es, wenn Staaten und mächtige Akteure keines dieser gesellschaftlichen Konzepte, sondern brutalen Egoismus („Nationalismus“) praktizieren.

Walter Schicho,
Univ.Prof. i. R., *Afrikanische Geschichte und Entwicklungsforschung, Uni Wien*

resse - interesse - interesse - interesse - interesse
sse - interesse - interesse - interesse - int
se - interesse - intere
e - int

BÜCHER

Folgende Bücher sind im Sozialreferat entlehnbar:

H. Seckauer, Chr. Stelzer-Orthofer, B. Kepplinger (Hg.): Das Vorgefundene und das Mögliche. Beiträge zur Gesellschafts- und Sozialpolitik zwischen Ökonomie und Moral. Festschrift für Josef Weidenholzer. Mandelbaum Verlag, Wien 2015, 421 Seiten. 29,90 Euro

Die Festschrift für Josef Weidenholzer, die anlässlich seiner Emeritierung von der Universität Linz von seinen KollegInnen, MitarbeiterInnen und FreundInnen herausgegeben wurde, befasst sich überwiegend mit den historischen, politischen und sozialen Verhältnissen in Österreich. Sie prangert Missbräuche an und zeigt Maßnahmen dagegen auf. Sie stellt auch die Tätigkeitsfelder und Funktionen Weidenholzers ausführlich dar. Der Kreis der 27 Beiträge erstreckt sich von historischen Themen wie „Die Ausein-

dersetzung um die Alterssicherung in der Ersten Republik“ über „Ökonomie und Moral“ bis zu „Europäische Wohnungspolitik im Umbruch“.

Th. Piketty: Die Schlacht um den Euro. Interventionen. C. H. Beck Verlag, München 2015, 175 Seiten. Taschenbuch. 15,40 Euro

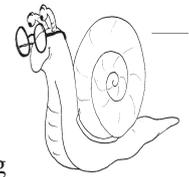
Die Quintessenz von Pikettys neuem Buch, aufbauend auf „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, ist folgende: Der Euro ist nur dann zu retten, wenn die EU zur politischen Union vertieft wird. Damit verbunden ist auch eine „Europäisierung“ der Staatsschulden der Mitgliedsländer (Euro-Bonds). Es ist ein Plädoyer für ein demokratisches, soziales und starkes Europa, verbunden mit einer Stärkung der Institutionen, damit sich die EU dem Einfluss des Finanzkapitalismus und der Macht der „Märkte“ erwehren kann. Als wichtiges Instrument sieht er auch die Einführung einer europäischen Vermögenssteuer. Die Analyse der wirtschaftlichen Situation Europas, die Piketty vornimmt, widerspricht in vielen Punkten der des Mainstreams vieler bekannten Nationalökonominnen und ist gerade deshalb spannend zu lesen und bedenkenswert.

M. Rosenberger: Der Traum vom Frieden zwischen Mensch und Tier. Eine christliche Tierethik. Kösel-Verlag, München 2015, 240 Seiten. 18,50 Euro

Tier und Mensch sind gottähnlich, daher ist ein respektvoller Umgang mit Tieren geboten, der auch etwas über unsere Moralität aussagt. Das derzeit gängige Bild von Tieren ist das von Nutztieren, zum Gebrauch für den Menschen. Unser Verhältnis zu den Tieren ist ein ökonomisiertes und industrialisiertes.

Die Darstellung folgt dem klassischen Dreischritt: Sehen – Urteilen – Handeln. Als roter Faden dient die These, dass man am Umgang des Menschen mit den Tieren ablesen kann, wie der Mensch ist und wer er ist und wie er auch mit seinesgleichen umgeht. Es geht also um mehr Menschlichkeit mit den Tieren. Ein auch in der aktuellen Diskussion um vegetarische, vegane und fleischliche Ernährung wertvolle und informative Lektüre.

Apokalypse in Pastell



Wenn ich ein wenig Muße habe, sinniere ich gerne darüber, was nach dem Ende des Kapitalismus kommen könnte. Bin ich satt und gut aufgelegt, male ich mir die neue Ära der wirtschaftlichen Gerechtigkeit in den Pastellfarben der Hoffnung aus: Wir im Westen ziehen unsere Bluserl öfter als siebenmal an, schälen uns die Erdäpfel selbst, lachen das neueste iPhone aus und kaufen uns keine dummen SUVs mehr. Das Geld muss sein Nomadendasein aufgeben und wird generell unnützlich, weil wir einander freiwillig helfen. Wer herumspekuliert, wird sofort verhaftet und zu gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Die Flüchtlingsmalaise löst sich auch, weil sich die Produktion von Splitterbomben (übrigens auch in Schwanenstadt, hätten Sie's gewusst?) nicht mehr rentiert und weil die Leute in der ehemaligen „Dritten Welt“ nicht mehr verhungern. Schön, nicht wahr?

Regnet es mir hingegen ins Genick, bin ich im Unterzucker, lese ich Kommentare im Internet, dann driftet meine Fantasie ins Apokalyptische ab: Wenn wir so weitertun, geht die Welt zugrunde. Gut, dafür wäre ich zwar physisch geeignet, weil ich Steine verdauen und Räuber verhaun kann. Es müsste aber auch unbedingt ein Optiker an meiner Seite überleben. Ein Bierbrauer sowieso. Und eventuell eine Masseurin, weil meine Verspannungen sicher härter sind als der depperte Kapitalismus. Bezahlen könnte ich alle nicht, dieser Warencharakter von Kooperationsdiensten wird ja auch enden. Schulden überleben also ebenso hartnäckig wie Bakterien oder Kakerlaken!

Unschön, oder? Dann doch bitte lieber meine Gerechtigkeitsidylle. Darin könnte ich dem Optiker ja die Steine aus seinem Garten klauben und alle verhaun, die meine Masseurin ausrauben. Und dem Bierbrauer schrübe ich eine Kolumne.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 sse - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse
 se - interesse - interesse - interesse - interesse - interesse

TERMINE

Politischer Aschermittwoch

Hitlers „Mein Kampf“
 Präsentation des historisch-kritischen Kommentars
 Mi., 10. Feb. 2016, 20 bis 22 Uhr,
 Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg,
 Puchberg 1, 4600 Wels
 Referenten: *Dr. Christian Hartmann, Dr. Thomas Vordermayer*
 Kosten: 10 Euro, inkl. Heringsaufstrich
 Zuvor 19 Uhr: Aschermittwoch-Liturgie mit Fastenpredigt.
 Info/Anmeldung: puchberg@dioezese-linz.at, ☎ (07242) 475 37

5. Zukunftssymposium in Steyr

„Weniger ist mehr – wir fangen schon mal an“. Perspektiven für ein gutes Leben für alle.
 Ort: Treffpunkt Dominikanerhaus, Grünmarkt 1, 4400 Steyr
 ⇒ „Weniger ist mehr“: Fr., 26. Feb. 2016, 19.30 Uhr;
 ⇒ Eigentum, Kapitalismus und Ungleichheit und „Ich habe genug“:
 Sa., 27. Feb. 2016, 9 bis 16 Uhr
 ReferentInnen: *Univ.Prof. Dr. Walter Ötsch und Vera Besse*
 Info/Anmeldung: dominikanerhaus@dioezese-linz.at, ☎ (07252) 454 00

Mikroplastik in der Donau

Do., 3. März 2016, 19 bis 20.30 Uhr
 Referent: *DI Philipp Hohenblum*, Umweltbundesamt
 Ort: Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
 Kooperation: Pax Christi Österreich
 Kosten: 10 Euro
 Anmeldung: hdf@dioezese-linz.at, ☎ (0732) 66 70 26

Argumentationstraining gegen Stammtischparolen

Von Asyloptimierern bis Zuwanderungs-Tsunami
 Fr., 11. März 2016, 17 bis 20.30 Uhr
 Ort: Treffpunkt Dominikanerhaus, Grünmarkt 1, 4400 Steyr
 Referentin: *Mag.^a Angelika Gumpenberger-Eckerstorfer*, Sozialreferat
 Info/Anmeldung: siehe oben

Europa und Palästina haben eine gemeinsame, eine verflochtene Geschichte.

Fr., 11. März 2016, 18 bis 20 Uhr
 Ort: Haus der Frau, Volksgartenstraße 18, 4020 Linz
 Referentin: *Mag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Haider-Wilson*, MAS, Historikerin am Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung an der Akademie der Wissenschaften in Wien
 Kooperation: Pax Christi Österreich
 Anmeldung: hdf@dioezese-linz.at, ☎ (0732) 66 70 26; Kosten: 10 Euro

Zivil-Courage-Training

Ein Training für junge Erwachsene und Zivildienstler

Sa., 12. März 2016, 10 Uhr bis
 So., 13. März 2016, 13 Uhr
 Ort: Jugendzentrum Zoom, Kapuzinerstraße 49, 4020 Linz; Ansprechperson: *manfred.hofmann@dioezese-linz.at*; ☎ (0732) 76 10-33 20
 Seminarleitung: *Martin Loishandl*, Jugendleiter im Jugendzentrum Zoom
 Kosten: 35 Euro
 Anmeldung bis 4. März 2016 unter: ooe.kjweb.at/zivilcourage-training

Anders Essen – gut leben. Für eine zukunftsfähige Ernährung aller

Fr., 22. April 2016, 14 bis 17 Uhr
 Ort: Cardijn-Haus, Kapuzinerstr 49, 4020 Linz.
 Nähere Infos: siehe Seite 5

Machen Sie mit beim Autofasten



Zur Ruhe kommen, nach innen schauen, Gewohnheiten überdenken, sich auf das Wesentliche besinnen und Gutes tun, das ist Fasten.

Was hat das mit einem Auto zu tun? Ein Auto ist nützlich, doch es hat viele „unerwünschte Nebenwirkungen“ – für uns selbst, die Umwelt und unsere Mitmenschen: Bewegungsmangel, Stress bei der Parkplatzsuche, finanzielle Belastung, Abgase, Lärm, Verlust an Freiheit und Spielflächen, Versiegelung der Böden, Verkehrtstote und Verletzte. Steigen Sie um und probieren Sie in der Fastenzeit ein Leben (fast) ohne Auto aus!

Gewinnen Sie!

Sammeln Sie Ihre ÖÖVV-Fahrscheine in der Fastenzeit und schicken Sie sie (Jahreskarten in Kopie) bis 9. April 2016 an das Sozialreferat der Diözese Linz. Mit etwas Glück gewinnen Sie die Kosten zurück!
 (Jahreskartenkosten anteilig für die Fastenzeit)

www.autofasten.at | 10. 2. bis 26. 3. 2016

Autofasten
 Heilsam in Bewegung kommen



Impressum: Inhaber Diözese Linz (Alleininhaber)
 Herausgeber und Verleger: *DDR. Severin, Renoldner*,
 Sozialreferat, Pastoralamt der Diözese Linz
 Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, Telefon: (0732) 76 10-32 51
 E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
 Hersteller: *kb-offset Kroiss & Bichler GmbH & CoKG*, Römerweg 1, 4844 Regau
 Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau
 Erscheinungsort Linz, P.b.b. GZ 02Z031665 M



Katholische Kirche
 in Oberösterreich